

Antrag

der Abgeordneten Frau Geiger, Dr. Geißler, Schwarz, Dr. Stercken, Rühle, Vogel (Ennepetal), Dr. Rose, Frau Hoffmann (Soltau), Lamers, Dr. Pohlmeier, Freiherr von Schorlemer, Lummer, Repnik, Dr. Czaja, Schreiber, Dr. Todenhöfer, Dr. Hornhues, Scharrenbroich und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Hoppe, Frau Dr. Hamm-Brücher, Frau Folz-Steinacker, Dr. Feldmann, Irmer und der Fraktion der FDP

Lage in Panama

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag sieht mit Sorge die jüngste Entwicklung in der Republik Panama, die zu einer Polarisierung der politischen Kräfte geführt hat. Die Konfrontation zwischen dem Militär, der Regierung und den Kräften der Opposition hat zu einer krisenhaften Zuspitzung in Panama geführt, die auch das Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität erschütterte und schwere wirtschaftliche Einbrüche verursachte, von denen weitere destabilisierende Tendenzen ausgehen können.

Panama, ein geostrategisch besonders bedeutsamer unmittelbarer Nachbar einer krisengeschüttelten Region, droht heute, sich zu einem neuen Krisenherd zu entwickeln, falls nicht ein Dialog der Aussöhnung erreicht wird, der dem Demokratisierungsprozeß wieder Auftrieb gibt und der den Streitkräften die ihnen nach der Verfassung zustehende Rolle zuweist.

Der Deutsche Bundestag lenkt daher die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf die Lage in Panama und fordert sie auf,

- gemeinsam mit den EG-Partnern gegenüber der Regierung von Panama ihre Besorgnis über die Lage in Panama zum Ausdruck zu bringen und darauf hinzuweisen, daß eine Zuspitzung auch für die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Panama und den EG-Staaten negative Folgen hat,
- auf alle Organe, die in Panama über Einfluß und Autorität verfügen einzuwirken, mit den demokratischen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere den Oppositionsparteien, den Kirchen und Gewerkschaften, zusammenzuarbeiten,
- sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen, daß in Panama die Menschenrechte sowie die Pressefreiheit gewahrt sind und der Demokratisierungsprozeß fortgesetzt wird,

- die Regierung von Panama an die Maßstäbe zu erinnern, die sie als Mitglied der Contadora-Gruppe und durch ihre Beiträge zum Friedensabkommen von Guatemala selbst gesetzt hat.

Bonn, den 2. März 1988

Frau Geiger
Dr. Geißler
Schwarz
Dr. Stercken
Rühe
Vogel (Ennepetal)
Dr. Rose
Frau Hoffmann (Soltau)
Lamers
Dr. Pohlmeier
Freiherr von Schorlemer
Lummer
Repnik
Dr. Czaja
Schreiber
Dr. Todenhöfer
Dr. Hornhues
Scharrenbroich
Carstensen (Nordstrand)
Deres
Gerster (Mainz)
Dr.-Ing. Kansy
Kraus
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Maaß
Müller (Wadern)
Rossmanith
Schemken
Schulze (Berlin)
Weiß (Kaiserslautern)
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Hoppe
Frau Dr. Hamm-Brücher
Frau Folz-Steinacker
Dr. Feldmann
Irmer
Mischnick und Fraktion